



Newsletter

Christian Piwarz

II/2012

Neues aus dem Landtag

April 2012

1. Arbeitsmarktpolitik in Sachsen – zukunftsgerichtet und chancenorientiert

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung des Wirtschaftsministers Sven Morlok zum Thema „Arbeitsmarktpolitik in Sachsen – zukunftsgerichtet und chancenorientiert“. Darin betonte der Minister, dass der sächsische Arbeitsmarkt zunehmend gute Perspektiven für alle Sachsen biete. Derzeit können sächsische Schulabgänger mit guten Abschlussnoten zwischen mehreren Ausbildungsangeboten wählen. Aber auch Langzeitarbeitslose und lernschwache Jugendliche können durch individuelle Wiedereinstiegsbegleitung und speziell zugeschnittene Ausbildungsformen eine zweite Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Bei der zukünftigen Sicherung des Fachkräftebedarfs seien vor allem sächsische Unternehmen gefragt. Bei dieser Aufgabe unterstütze die Staatsregierung die heimischen Betriebe beispielsweise mit Weiterbildungsschecks für eine bedarfsgerechte Qualifizierung.

2. Kein Aufkündigen des Solidarpaktes! – Solide Finanzpolitik darf nicht bestraft werden

Mit der aktuellen Debatte „Kein Aufkündigen des Solidarpaktes! – Solide Finanzpolitik darf nicht bestraft werden“ reagierten die Koalitionsfraktionen auf die erneut aufkommende Kritik am Solidarpakt Ost. In der Diskussion betonte die CDU, dass die neuen Länder die Unterstützung aus dem Solidarpakt bis 2019 benötigen, um die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland aufgrund der deutschen Teilung zu kompensieren. Beispielsweise erreicht der Freistaat Sachsen als wirtschaftlich stärkstes ostdeutsches Bundesland lediglich 75 Prozent des Bruttoinlandproduktes des Bundes. Selbstverständlich müssen die neuen Länder die finanzielle Unterstützung aus dem Solidarpakt richtig verwenden und dies hat der Freistaat Sachsen auch in den vergangenen Jahren durch eine solide Haushaltspolitik und stets hohe Investitionsraten getan.

3. Gesetz zur Änderung des Sächsischen Fischereigesetzes

Der Sächsische Landtag hat ein neues Fischereigesetz verabschiedet. Das Gesetz soll vor allem jungen Menschen den Einstieg in das Angeln erleichtern. In der Diskussion machte die CDU-Fraktion deutlich, dass künftig Kinder und Jugendliche keinen Fischereischein bei Veranstaltungen der Anglervereine, sofern sie von sachkundigen Vertretern der Vereine angeleitet und beaufsichtigt werden, benötigen. Auch beim Angeln in bewirtschafteten Anlagen ist ein Fischereischein nicht mehr nötig. Zugleich wurde mit dem neuen Gesetz die Fischereiabgabe abgeschafft. Bisher mussten für den Fischereischein 6 Euro pro Jahr Fischereiabgabe gezahlt werden. Zukünftig können Anglerverbände selbständig über die Erhebung und Verwendung solcher Abgaben entscheiden.

Mit der Fischereiabgabe an den Freistaat Sachsen wurden das Fischereiwesen, Hegemaßnahmen der Anglerverbände und fischereiwissenschaftliche Untersuchungen unterstützt. Jedoch hat sich das Antragsverfahren aufgrund der EU-Vorgaben als zu kompliziert erwiesen. Die bisher beim Freistaat Sachsen eingezahlten Gelder werden zu 66 Prozent an die Anglerverbände ausbezahlt.

4. Kein Abiturzwang für Gesundheits- und Pflegeberufe – Zehnjährige allgemeine Schulbildung beibehalten

Mit einem gemeinsamen Antrag setzen sich die Fraktionen von CDU und FDP für die zehnjährige allgemeine Schulausbildung als Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen in Deutschland ein. Mit dem Antrag reagieren die Koalitionsfraktionen auf die von der EU geplante Anhebung der Zugangsvoraussetzungen von zehn auf zwölf Schuljahre. Die CDU-Fraktion betonte, dass der zukünftige Fachkräftebedarf in der Gesundheits- und Pflegebranche unmöglich allein mit Abiturienten gedeckt werden könne. Zusätzlich hätte die Anhebung der Zugangsvoraussetzungen bzw. die Umstellung der Ausbildung auf andere Berufe und die Weiterbildung negative Auswirkungen. Beispielsweise wäre die Anschlussfähigkeit der Ausbil-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 49 62 525 542

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

derung in der Krankenpflege an eine weiterführende Ausbildung in der Alten- und Krankenpflege unter Anrechnung des ersten Ausbildungsjahres nicht mehr möglich.

Die Europäische Kommission hat 2011 die Berufsankennungsrichtlinie evaluiert. Aufgrund der Ergebnisse plant die EU eine Anhebung der Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung von Krankenpflegekräften sowie Hebammen und Entbindungspflegern.

5. Sächsische Schulen und Kindertageseinrichtungen stärker für Freiwilligendienste öffnen

In einem gemeinsamen Antrag haben sich die Koalitionsfraktionen für eine stärkere Öffnung sächsischer Schulen und Kindertageseinrichtungen für Freiwilligendienste ausgesprochen. Durch den Antrag von CDU und FDP soll vor allem die bisherige Tätigkeit der Freiwilligendienste besser dargestellt werden; dabei insbesondere, in wie vielen Schulen und Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen und in welchen Aufgaben Freiwilligendienste tätig sind und in wie weit das Aufgabenfeld erweiterbar ist. In der Debatte betonte die CDU, dass die theoretische Ausbildung während des Freiwilligendienstes gute Verbindungspunkte für eine pädagogische Vorbildung möglicher Erzieherinnen und Erzieher aber auch Lehrerinnen und Lehrer biete. Neben der Überprüfung inhaltlicher Konzepte für ein „FSJ Schule & Kita“ müsse dabei auch die bessere Anrechnung des Freiwilligendienstes für eine spätere Ausbildung oder einem Studium überprüft werden.

Mai 2012:

1. Stadtentwicklung im Freistaat Sachsen

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung zum Thema „Bewahren. Erneuern. Gestalten - Stadtentwicklung im Freistaat Sachsen“. In der Fachregierungserklärung betonte der Minister, dass die Stadtentwicklung im Freistaat Sachsen eine Erfolgsgeschichte ist. Die Kommunen seien bei der Revitalisierung und Sanierung der Innenstädte, aber auch mit dem Erhalt der Bau-substanz, gut vorangekommen. Gerade in den Zentren der Innenstädte seien im Vergleich zu 1990 erkennbare Veränderungen geschehen. Die größte Herausforderung

Termine meiner Bürger-sprechstunden:

Mittwoch, **6.06.2012**,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Loschwitz

Montag, **25.06.2012**,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Prohlis

der kommenden Jahre sei vor allem die demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen. Eine älter werdende Bevölkerung und der Bevölkerungsrückgang führen einerseits zu einem höheren Bedarf barriere-reduzierter und barrierefreier Wohnungen und andererseits zu einem höheren Wohnungsleerstand. Diesen zukünftigen Herausforderungen müssen sich alle Beteiligten stellen.

Ebenso haben die Koalitionsfraktionen die erfolgreiche Städtebauförderung in einem gemeinsamen Entschließungsantrag gewürdigt. Der Stadtumbau „Ost“ habe in den letzten Jahren einen enormen Beitrag für Wachstum und Beschäftigung in den Städten geleistet. Heute seien insbesondere die Innenstädte deutlich lebenswerter geworden. Neben der bisherigen Erfolgsgeschichte sehen die Koalitionsfraktionen im Entschließungsantrag auch weiteren Handlungsbedarf. Trotz der demographischen Entwicklung müssen bestehende und gewachsene städtebauliche Strukturen erhalten bleiben und muss die energetische Sanierung von Gebäuden weiter verfolgt werden.

Weiterentwicklung der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig (DZB)

Mit dem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP soll die Öffnung der Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig an die zukünftigen technologischen Entwicklungen unterstützt werden. Gerade durch technische Neuerungen hat sich die Arbeit der Blindenbüchereien in Deutschland verändert. Neben der traditionellen Ausleihe und Produktion von Medien in Blindenschrift sind digitale Audiomedien und neue Anwendungen am PC wichtige Instrumente. Zusätzlich soll die DZB Kooperationen mit anderen Einrichtungen, Verbänden und Verlagen verstärken, um das eigene Potential besser ausschöpfen zu können. Da nur wenige Blindenbibliotheken in Deutschland existieren und die DZB in ihrer Größe deutschlandweit einzigartig ist, soll außerdem geprüft werden, aus welchen Bundesländern die Nutzer der DZB stammen und wie der Bund und andere Bundesländer an der Finanzierung der Einrichtung beteiligt werden können.

2. Sächsische Berufsakademien weiter ausbauen

In der aktuellen Debatte „20 Jahre Berufsakademie Sachsen – Duale Hochschule erfolgreich weiterentwickeln“ haben sich die Koalitionsfraktionen für einen weiteren Ausbau der Berufsakademien im Freistaat Sachsen ausgesprochen. Vor 20 Jahren wurden die ersten Berufakademien im Freistaat gegründet. Seitdem steige die Zahl



der Studierenden und der Partnerunternehmen für die Praxis und somit auch die Vernetzung zwischen den Akademien und der Wirtschaft. Die Berufsakademien seien dabei ein kompetenter Ansprechpartner für die sächsische Wirtschaft. Gerade die hohe Qualität des dualen Studiums, vor allem in den ingenieurtechnischen und betriebswirtschaftlichen Schwerpunktbereichen, ermögliche Unternehmen, gut ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und frühzeitig in die eigenen Unternehmensabläufe zu integrieren.

Heute werden mehr als 5000 Studenten an den sieben Standorten ausgebildet. Gleichzeitig übersteigt die derzeitige Zahl von Bewerbungen die der Studienplätze um 30 bis 50 Prozent. Daher müssen die Kapazitäten der Berufsakademien erweitert, die Regionalität weiterentwickelt und mehr Maßnahmen zur Qualitätssicherung ergriffen werden. Auch könne Sachsen darüber nachdenken, die Berufsakademien in den Status einer dualen Hochschule zu heben und den Einrichtungen mehr Freiheiten zuzugestehen.

3. Schicksale ehemaliger DDR-Heimkinder anerkennen – Unrecht in DDR-Kinderheimen aufarbeiten

In der aktuellen Landtagsdebatte „Schicksale anerkennen – DDR-Unrecht in Kinderheimen aufarbeiten“ haben die Koalitionsfraktionen den vom Bund beschlossenen Hilfsfond für ehemalige DDR-Heimkinder begrüßt. Der Ende März diesen Jahres vom Bund und den ostdeutschen Ländern ins Leben gerufene Hilfsfond in Höhe von 40 Millionen Euro soll ehemaligen Insassen von DDR-

Kinderheimen für erlittene Schäden und Nachteile entschädigen. Auch 20 Jahre nach dem Untergang der DDR Leiden diese Menschen unter den Folgen.

In den 1300 Spezialheimen der DDR, wie beispielsweise die Jugendwerkhöfe, mussten zwischen 1949 und Ende 1989 viele Tausend Kinder und Jugendliche seelische und körperliche Gewalt ertragen. Menschenrechtsverletzungen, Bildungsverweigerung und Zwangsarbeit standen in den DDR-Kinderheimen auf der Tagesordnung. In einer sehr berührenden und emotionalen Debatte wiesen die Redner von CDU, SPD, FDP und Grünen auf die Schicksale der Opfer hin und dass es unsere Aufgabe ist, hieran nicht nur zu erinnern, sondern weiter aktiv die Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse zu betreiben.

4. Kindertagespflege im Freistaat Sachsen

Mit einem gemeinsamen Antrag setzen sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP für eine Verbesserung in der Kindertagespflege, in der Koordination zwischen Kommunen und Kindertagespflegepersonen, eine Stärkung der gemeinsamen Aktivitäten, eine bessere Einbeziehung in die Bedarfsplanung und mögliche Qualifizierung ein. Besonders durch die steigenden Geburtenraten in den großen Städten gewinnt die Kindertagespflege im Freistaat Sachsen zunehmend an Bedeutung. Durch den Antrag soll ein besseres Verständnis für die Kompetenzen der Kindertagespflege erreicht werden. Mit Hilfe einer Analyse der Kindertagespflege sollen Defizite besser veranschaulicht, die Ausbildungs- und Qualifizierungssituation dargestellt und über Verbesserungen, gemeinsam mit der kommunalen Ebene als Träger der Kindertageseinrichtungen, diskutiert werden.



Sächsischer Landtag: Erik Donner

Joachim Gauck: der Freiheit verpflichtet Beobachtungen auf der 15. Bundesversammlung

Artikel 54 des Grundgesetzes beschreibt es ganz nüchtern: „Die Amtszeit des Bundespräsidenten beträgt 5 Jahre.“ Trotz des medialen Dauerfeuers der vergangenen Wochen und Monate war es angebracht, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert bei seiner Eröffnung der 15. Bundesversammlung auf diesen Wortlaut der Verfassung hinwies. Er tat dies mit dem Zusatz, dass wohl keiner die kürzeren Amtsperioden in jüngster Vergangenheit als besondere Errungenschaft werten würde. Dafür erhielt er viel Beifall.

Kaum 20 Monate nach der letzten Bundesversammlung musste das Gremium erneut zusammentreten, um das deutsche Staatsoberhaupt zu wählen. Die Person Christian Wulff und dessen Rücktritt spielte natürlich eine Rolle, wenn auch eine untergeordnete. Angela Merkel lobte in der Fraktionssitzung von CDU und CSU die thematischen Impulse, die Wulff in seiner kurzen Amtszeit gesetzt hat.



Norbert Lammert ging in seiner Eröffnungsrede der Bundesversammlung auch auf die Gründe des Rücktritts ein. Einerseits machte er deutlich, dass eine faire Bewertung dessen nur mit einigem zeitlichen Abstand möglich sei. Andererseits betonte er, dass in diesem Fall einseitige Schuldzuweisungen fehl am Platz sind. Lammert wörtlich: „Es gibt durchaus Anlass für selbstkritische Betrachtungen, nicht nur an eine Adresse. Manches war bitter, aber unvermeidlich. Manches war weder notwendig noch angemessen, sondern würdelos.“

Eine wirkliche Spannung lag über dieser Bundesversammlung nicht – anders, als noch 2010. Die Mehrheiten waren klar, die Wahl von Joachim Gauck war sicher. Eine größere Spannung ergab sich eher daraus, welche Worte

Gauck wählen würde. Bereits in der Fraktionssitzung von CDU und CSU wurde er deutlich, dass für ihn der Wert der Freiheit eines der höchsten Güter überhaupt ist. Er betonte, dass er dies nicht als „Freiheit der Pubertierenden“ sieht, sondern immer gepaart mit Verantwortung. Und er betonte, dass er Verlockungen zu widerstehen bereit ist. Viele wollten, dass er mehr über Gerechtigkeit spreche. Dazu Gauck deutlich: „Ich soll reden wie die Anderen. Aber das will ich nicht!“

Ein Staatsoberhaupt, welches die Freiheit an erste Stelle setzt – das kann unserem Land nur gut tun. Zu sehr haben sich die Deutschen damit arrangiert, dass es der Staat schon für sie „richten“ werde. Zu selbstverständlich sind die Forderungen geworden, der Staat möge dieses oder jenes Problem lösen. Zu gering ist die Bereitschaft in vielen Bereichen, gerade auch in der Politik, geworden, das Wort „Eigenverantwortung“ zu benutzen und mit Leben zu füllen. Joachim Gauck hat genau für diese Form einer Vollversorgungsmentalität und der Sehnsucht nach einem allumsorgenden Sozialstaat eine -an Artikel 1 des Grundgesetzes angelehnte - Entgegnung: „Nicht der Besitzstand ist unantastbar, sondern die Würde und Freiheit des Menschen.“

Gauck bekannte sich in seiner kurzen Rede nach der Wahl auch zur Idee des gemeinsamen Europas. Er machte deutlich, dass er die parlamentarische Demokratie immer verteidigen werde. Dies zeigt, wie sehr Joachim Gauck ein Kandidat der bürgerlichen Mitte unseres Landes ist. Ein Kandidat im Sinne der Grundsätze von CDU und CSU, der als Präsident in der Lage sein wird, gerade unsere Partei auch wieder daran zu erinnern.

Der neue Bundespräsident erinnerte auch an den 18. März 1990 - das Datum der ersten freien Volkskammerwahl. Er beschrieb, welches befreiende Gefühl es für einen damals 50-jährigen gewesen ist, zum ersten Mal in seinem Leben frei wählen zu können und selbst zu entscheiden, wer regiert. Diesem Gefühl der Freiheit, auch der selbst erstrittenen Freiheit, fühlt sich Joachim Gauck verpflichtet. Bei den Linken versteinerten sich in diesem Moment die Mienen, zum Klatschen waren sie nicht mehr in der Lage. Erschreckend und entlarvend zugleich. Ein weiteres Indiz dafür, dass Joachim Gauck ein guter Präsident für Deutschland ist.

Joachim Gauck: J. Patrick Fischer

Sachsen ehren Papst Benedikt XVI.

Der April 2012 hielt im Vatikan zwei Jubiläen parat. Einerseits feierte der Heilige Vater seinen 85. Geburtstag, zum anderen jährt sich seine Wahl zum Papst zum siebenten Mal. Aus Anlaß dessen fand am 20. April ein ganz besonderes Konzert in der großen Audienzhalle des Vatikans statt: Das Leipziger Gewandhausorchester mit seinem Chor und der MDR-Rundfunkchor führten zu Ehren Benedikts XVI. die 2. Sinfonie „Lobgesang“ von Felix Mendelssohn-Bartholdy auf.

Es war ein begeisterndes Konzert vor über 5.000 Gästen, darunter zahlreichen hochrangigen Vertretern der Kurie und des diplomatischen Korps. Der Heilige Vater dankte in bewegenden Worten auf deutsch und italienisch insbesondere den Künstlern für die hervorragende Darbietung. Er betonte, welche hohe Bedeutung dieses Werk Mendelssohns mit seiner Kombination aus symphonischen und liturgischen Elementen für ihn und seinen Zugang zum Glauben hat.

Während dieser Rede war ein Papst zu erleben, dem man sein hohes Alter im geistlichen und weltlichen Diskurs ebenso wenig anmerkt wie im persönlichen Gespräch. Dies konnte auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich bestätigen, der aus Anlass des Konzertes eine dreitägige Reise nach Rom und in den Vatikan unternahm und dabei auch die Ehre einer Privataudienz beim Heiligen Vater hatte.

Konzert und Audienz waren sicherlich die Höhepunkte der Reise, die ich als Teil der Delegation des Ministerpräsidenten begleiten durfte. Weitere Teilnehmer waren unter anderem Landtagspräsident Matthias Röbner, der Präsident des Landkreistages Tassilo Lenk, der Bischof von Görlitz Wolfgang Ipolt sowie weitere Vertreter der Bistümer Dresden-Meißen und Görlitz.

Daneben fanden weitere Gespräche mit Vertretern der Kurie statt, darunter mit Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone. Im Gespräch mit Kardinal Kurt Koch, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, haben wir über den aktuellen Stand der Ökumene diskutiert. Kardinal Koch machte dabei deutlich, dass für den Vatikan sowohl der Austausch mit den lutheranischen Kirchen wichtig ist, aber ebenso auch das Gespräch mit den Orthodoxen Kirchen. Im Gespräch mit Kardinal Peter Turkson, dem Präsidenten des Päpstlichen

Rates für Gerechtigkeit und Frieden, ging es insbesondere um die Menschenrechtssituation im Nahen Osten und in Afrika. Kardinal Turkson erläuterte, wie sich der Vatikan insbesondere für verfolgte Christen in beiden Regionen einsetzt.

Auf die spezielle Rolle des Vatikans wies der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Reinhard Schewpe, hin. Einerseits habe man es mit einem „Zwergenstaat“ im völkerrechtlichen Sinne zu tun, andererseits aber mit einer Weltkirche. Gerade letzteres gibt dem Vatikan die Möglichkeit, Krisenherde zu befrieden, die der „normalen“ Diplomatie mitunter versagt bleiben.

Es waren drei sehr bewegende und interessante Tage in Rom. Der Reiz dieser Stadt erschließt sich auch aus der Mischung einer mehr als 2000-jährigen Geschichte, der starken Präsenz des christlichen Glaubens im Stadtbild und der weltlichen Moderne. Der Ministerpräsident nutzte die Gelegenheit, für den Freistaat Sachsen Werbung zu machen. Dies nicht nur im Verhältnis zur katholischen Kirche, sondern auch in Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern und bei einer Präsentation der Tourismus Marketinggesellschaft Sachsen.



Papst Benedikt XVI...: <http://bit.ly/x8KvzC>